Positionspapier Schweinehaltung in Deutschland

Präambel

Die gesamte landwirtschaftliche Produktion, die Schweinehaltung und hier die Sauenhaltung im Besonderen, steht seit geraumer Zeit im Fokus öffentlicher Diskussionen. Interessierte Kreise, die vermeintlich „die Gesellschaft" repräsentieren, gehen in ihrer Öffentlichkeitsarbeit strategisch vor und entfachen immer wieder Diskussionen über vermeintliche Missstände. „Die Politik" auf Bundes- und Landesebene beugt sich diesem Druck zusehends und versucht, vielfältige Wege hin zu einer „Agrarwende" zu entwickeln. Unter den Überschriften „Tierwohl", „Umweltschutz" und „Gesellschaftliche Akzeptanz" werden Forderungen und Rahmenbedingungen, insbesondere an die Tierhaltung definiert, die unter den aktuellen Marktverhältnissen keine am wirtschaftlichen Erfolg orientierte Betriebsführung ermöglichen.

Was bei diesen Aktivitäten zur Umgestaltung der Landwirtschaft, speziell der Tierhaltung, kaum angemessen berücksichtigt wird, sind die familiären, unternehmerischen und insbesondere wirtschaftlichen Interessen und Belange derjenigen, die all dieses täglich und 365 Tage im Jahr umsetzen sollen: Die landwirtschaftlichen Unternehmer, ihre Familien und ihre Mitarbeiter. Es muss allen, die vehement grundlegende Änderungen in der Tierhaltung fordern, klar sein, dass zu deren Umsetzung die Menschen gehören, die von und mit der Tierhaltung leben. Wenn diese Menschen in einer „gewendeten" Agrarlandschaft, und hier insbesondere in der Sauenhaltung, keine Chance haben, die eingesetzte Arbeit fair zu entlohnen, das eingebrachte Kapital zu bedienen und die Belohnung des unternehmerischen Risikos, den Unternehmergewinn, zu erreichen, werden diese Unternehmer nicht weiter wirtschaften und aus der tierhaltenden Landwirtschaft aussteigen. Die Folge wird sein, dass insbesondere die Sauenhaltung in Deutschland eingestellt

wird und Ferkel, Schlachtschweine und Fleischprodukte zunehmend aus dem Ausland, auch außerhalb der EU, mit anderen und z.T. deutlich geringeren Produktions- und Tierwohlstandards importiert werden.

Schweinehaltung in Deutschland – Forderungen

Kurzfristig:

- Aktuell bestimmen die Corona-Pandemie und die Ausbreitung der ASP das Marktgeschehen für Ferkel und Schlachtschweine in Deutschland. Ein zeitliches Ende der Krise ist aktuell nicht absehbar.
- Aufgrund dieser Lage werden alle Entscheidungsträger in Bundes- und Landesregierungen und alle Ordnungsbehörden aufgefordert, gemeinsam und über Ministerien und Behörden hinweg, schnelle und unbürokratische Entscheidungen im Sinne der Notwendigkeiten der gesamten Wertschöpfungskette zu treffen.
- Den Schlacht- und Verarbeitungsunternehmen muss es ermöglicht werden, die Schlachtungen sofort auf 100 % ihrer Kapazitäten zu erhöhen, um den sogenannten Schweinestau abzubauen. Hierzu gehört auch, dass Arbeitsschutzbestimmungen mit Augenmaß bewertet und die angeordneten Fristen für die Überführung der Leiharbeitsverträge in feste Anstellungsverhältnisse bei Schlacht-, Zerlege- und Verarbeitungsbetrieben angemessen verlängert und angepasst werden. Knappe Arbeitsressourcen dürfen nicht der Grund für geringere Schlachtkapazitäten sein.
- In diesem Sinne sind die Mitarbeiter in Schlacht- und Verarbeitungs-unternehmen als systemrelevante Gruppe in der Arbeitswelt einzustufen und bevorzugt in ein Corona-Impfprogramm einzubeziehen.
- Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Verhandlungen mit China zum Export von Schweinefleisch aus Deutschland zu intensivieren und zu einem zeitnahen Abschluss zu führen. Deutschland muss in ASP-Zonen und sichere

ASP-Freie-Zonen aufgeteilt werden. Diese Regionalisierung ist Voraussetzung dafür, dass aus ASP-Freien-Zonen ins Ausland exportiert werden kann.

- Auf Bundeslandebene ist das „ASP-Früherkennungsprogramm“ flächendeckend zu forcieren. Jeder schweinehaltende Landwirt wird aufgefordert, dieses Früherkennungsprogramm in seinem Betrieb umzusetzen. Die Umsetzung dieser Forderung trägt dazu bei, Deutschland für den Export nach China und in andere Länder wieder zuzulassen.
- Arbeitskräfte für die Produktionsketten in der Schweinehaltung sind in Deutschland und im europäischen Ausland nicht ausreichend zu gewinnen. Wir fordern die Möglichkeit zur erleichterten Einreise von qualifizierten Arbeitskräften aus Nicht-EU-Staaten. Bedingung muss die Vorlage eines gesetzlich konformen Arbeitsvertrages mit einem deutschen Unternehmer sein.

<u>Mittelfristig – jetzt - halbes Jahr:</u>

- Die schweinehaltenden Betriebe in Deutschland befinden sich aufgrund des massiv eingebrochenen Preisniveaus für Ferkel und Schlachtschweine in einer extremen finanziellen Notlage. Diese Notlage haben Landwirte nicht durch eigene Fehlentscheidungen herbeigeführt. Wir fordern im Schwerpunkt für Sauenhaltende Betriebe schnelle und unbürokratische finanzielle und rückzahlungsfreie Soforthilfen. Insbesondere das Überbrückungshilfen-Programm könnte für die Schweinehalter angepasst werden.

<u>Langfristig – jetzt - 5 Jahre:</u>

- Landwirtschaftliche, schweinehaltende Unternehmer sind bereit, gemeinsam mit Politik und Gesellschaft, Änderungen in der Tierhaltung umzusetzen. Dieser Prozess einer Umgestaltung der gesamten Nutztierhaltung ist nur langfristig und mit hohen finanziellen Aufwendungen

in der gesamten Produktions-, Verarbeitungs- und Handelskette (Lebensmitteleinzelhandel) und vor allem mit dem Bekenntnis und dem Kaufverhalten der Gesellschaft/Verbraucher umzusetzen. Hierzu muss ein klares Ziel zur Ausrichtung der Tierproduktion verbindlich vereinbart werden und von allen Beteiligten mitgetragen werden.

- Der Selbstversorgungsgrad mit Schweinefleisch in Deutschland ist im Laufe der letzten 15 Jahre auf 120% angewachsen. Zeitgleich zum Rückgang der Ferkelproduktion in Deutschland, die aktuell einen Selbstversorgungsgrad an Mastferkeln von weniger als 80% bedingt, ist der Import von Mastferkeln angewachsen. Parallel zu dieser Entwicklung, und auch zwangsläufig, ist der Export von (verarbeitetem) Fleisch und Nebenprodukten in EU- und Drittländer signifikant angestiegen. Die Exportmöglichkeiten haben einen nicht unwesentlichen Anteil an der Preisbildung für Ferkel und Schlachtschweine. Eine Exportabhängigkeit in einer durch lange Produktionszyklen gekennzeichneten Schweinefleischerzeugung birgt deshalb ein erhebliches Risikopotential in sich.
- Die Rahmenbedingungen der Erzeugung von Fleisch in Deutschland ändern sich: Der innerdeutsche Pro-Kopf-Verbrauch geht zurück, die Exportmöglichkeiten in Nicht-EU-Länder werden auf unabsehbare Zeit limitiert sein. Eine Neubewertung des Schweineproduktionspotentials in Deutschland ist angeraten, um den Gefahren der Exportabhängigkeit zu begegnen.
- Ziel muss es sein, die Deutsche Sauenhaltung zu halten. Die freiwillige und gezielte Reduzierung von Mastkapazitäten in Deutschland ist zu diskutieren. Staatliche Ausstiegsprämien können angezeigt sein.
- Tierhaltungs- und Tierwohlkriterien, die gesetzliche Grundlage für die Tierhaltung in Deutschland sind und werden, müssen zwingend auch für Importtiere und Verarbeitungsware gelten.

- Gesetzliche und privatwirtschaftliche Tierhaltungs- und Tierwohlkriterien müssen aufeinander abgestimmt sein, um Klarheit und Verständnis für Erzeuger und Verbraucher zu erreichen.
- Wir fordern eine transparente und verbindliche Herkunftskennzeichnung für Lebensmittel. Eine verständliche Produktkennzeichnung - im Idealfall „5 x D“ -, die jeden Verbraucher in die Lage versetzt, Produkte mit Information zu Herkunft und der Haltungsform auszuwählen, ist zwingend notwendig. Eine transparente Kennzeichnung für alle Tiergattungen und über alle Verarbeitungsprodukte hinweg ist zwingend notwendig.
- Die Änderung der Tierschutznutztierhaltungsverordnung ist beschlossen und wird 2021 in Kraft treten. Betroffen von der Verordnung sind insbesondere die Sauenhaltenden Betriebe. Die Ausgestaltung der Umbauten (u.a. Deckzentrum, Abferkelbucht) wird den Sauenhalter finanziell stark fordern. Viele Betriebe sind nicht mehr bereit, diese unternehmerischen Risiken aufgrund der Schwierigkeiten in Fragen der Genehmigung, der Unplanbarkeit der Erlöse und der mangelnden gesellschaftlichen Akzeptanz mitzugehen und werden aus der Produktion ausscheiden.
- Wir fordern ein klares und verbindliches Bekenntnis der politischen Entscheidungsträger zur deutschen Sauenhaltung und verbinden damit die zwingende Forderung nach massiven und vor allem zugänglichen Finanzhilfen für bauliche Investitionen für jeden zukunftsfähigen Sauen – und Mastbetrieb.
- Die Ansätze und Ausführungen der Borchert-Kommission zur Umgestaltung der Nutztierhaltung in Deutschland werden begrüßt, müssen jedoch auf ihre Machbarkeit geprüft und zwingend im Detail bewertet und ergänzt werden. Die damit verbundenen Investitionssummen für den in die Zukunft investierenden landwirtschaftlichen Unternehmer müssen sowohl über eine massive Investitionsförderung, als auch über eine Vergütung der Mehraufwendungen in der Produktion ergänzend finanziert werden. Die

daraus resultierenden Beschlüsse und/oder gesetzlichen Vorgaben müssen langfristig planbar und verlässlich bindend sein.

- Für alle Umbauvorhaben (Renovierungen, Umbauten, Ergänzungsbauten, Neubauten) ist es zwingend notwendig, die hierfür relevanten Rechtsbereiche (Bau, Immissions- und Umweltschutz) zeitnah so anzupassen und aufeinander abzustimmen, dass eine Umsetzung auch realistisch und kurzfristig möglich ist.

- Wir bestehen auf einer Intensivierung der engen Einbindung der betroffenen Schweinehalter in Überlegungen, Planungen und Entscheidungen. Von Anfang an müssen praktizierende Unternehmer der gesamten Kette gehört werden. Diese von uns immer wieder eingeforderte und zielorientierte Zusammenarbeit von Politik, Interessensvertretern, betroffenen Handelsunternehmen und Landwirten ist absolut notwendig, um landwirtschaftliches Unternehmertum am Produktionsstandort Deutschland halten zu können.

November 30.11.2020

Dagmar Klingelhöller	Hendrik Bielfeldt	Eiken Struve